

nun.de – das politische Online-Magazin für junge Menschen

„Integration ist gleich Kommunikation“

Die 21 Jahre junge Studentin Clara Kästner dreht seit einem Jahr einen Dokumentarfilm über das Thema Integration. Die ganze Geschichte dahinter im Interview bei der nun.de Redaktion.

Die Redaktion: Sie arbeiten gerade an einem Dokumentarfilm mit dem Titel *Integration ist gleich Kommunikation*. Wie laufen die Dreharbeiten und welchen Hintergrund hat dieser Titel?

Clara Kästner: Gestern war der letzte Drehtag, jetzt geht's noch in die Produktion und dann wird der Film wahrscheinlich im Herbst fertig sein. Als ich Karim damals vor zwei Jahren zum ersten Mal begegnet bin, hätte ich nie gedacht, dass es damit enden wird, dass wir einen ganzen Film über seine Arbeit machen werde. Ursprünglich sollte es nur ein kleiner Clip werden; ein kurzer Einblick in die Arbeit des Vereins Omid, in kurz Omid e.V., den Karim 2012 gegründet hat. Er war damals 20 Jahre alt und war erst ein Jahr vorher nach Deutschland gekommen. Er konnte aber schon deutsch, da er in Afghanistan für die deutsche Botschaft als Dolmetscher gearbeitet hatte. Schnell wurde klar, dass wir zusammen mehr als nur einen kleinen Clip drehen wollen.

Der Titel kommt daher, dass uns während den Dreharbeiten klar geworden ist, dass oft über, aber selten mit Migrant*innen geredet wird. Deshalb wollen wir in dem Film die Arbeit des Omid e.V. in den Vordergrund stellen.

Die Redaktion: Was ist der Omid e.V. eigentlich?

Clara Kästner: Der Verein ist eine unabhängige Vertretung von Interessen und macht, nun ja, eigentlich viel Unterschiedliches, vor allem geht es aber darum, für die afghanische Community in Berlin politisch zu vertreten. Mit den Fluchtbewegungen der letzten Jahre sind mehr Afghan*innen nach Berlin gekommen, um sich ein neues Leben fern vom Krieg aufzubauen. Diesen Menschen wird oft an den Kopf geworfen, dass sie sich

integrieren sollen. Der Film soll nun die Frage aufwerfen: Wie sollen sie das eigentlich am besten machen? Meiner Meinung nach ist Integration keine Einbahnstraße. Da muss von beiden Seiten was passieren. Und vor allem braucht es Interessenvertretung. Wir leben schließlich in einer Demokratie und dazu gehört auch, dass man seine Meinung äußern darf und diese auch gehört wird.

Das erinnert mich an Tareq Alaows, der letztens in den Nachrichten war: der erste Mensch, der aus Syrien geflüchtet und in Deutschland als Direktkandidat für die Bundestagswahl angetreten wäre. Sie leben und arbeiten in diesem Land, sie lachen und weinen, haben Familien oder sind allein. Dass sie dann auch Teil der Politik sind, sollte selbstverständlich sein. Die deutsche Staatsbürgerschaft hatte er auch schon beantragt, was ja die Voraussetzung ist, um an Wahlen teilnehmen zu können und auch um selbst wählbar zu sein. Aber Tareq Alaows musste letzten Endes seine Kandidatur leider zurückziehen, weil seine Familie und er rassistisch bedroht wurden.

Die Redaktion: Sie haben gesagt, dass der Omid e.V. unterschiedliche Aufgaben hat. Welche denn genau?

Clara Kärstner: Der Omid e.V. versucht einen Beitrag zu einer erfolgreichen Integration zu leisten. Sie helfen Migrant*innen, sich in der deutschen Gesellschaft zurechtzufinden. Außerdem sammeln sie die Bedürfnisse der Menschen und versuchen, sie so gut wie möglich an Berlin und die Öffentlichkeit weiterzureichen. Probleme haben Migrant*innen zum Beispiel öfters mit der Ausländerbehörde. Selbst mit guten Deutschkenntnissen sind die Anträge dort nur schwer zu verstehen; für gerade erst Zugezogene also quasi unmöglich. Das wirft natürlich die Frage auf, ob die Behörde nicht zugänglich genug ist und damit der Integration einen Stein in den Weg legt.

Der Omid e.V. organisiert dann Veranstaltungen, um gemeinsam über solche Probleme zu reden, aber auch Feste, um gemeinsam etwas zu essen und sich besser kennen zu lernen. Dazu werden in der Regel Nachbarn, Politiker*innen oder Journalist*innen eingeladen. Leider werden diese Angebote oft nicht wahrgenommen. Bei den Sitzungen des Omid e.V. werden aber auch andere Probleme angesprochen. Beispielsweise ist der Anteil an Frauen in dem Verein vergleichsweise niedrig. In Afghanistan haben Frauen höchstens auf dem Papier gleiche Rechte, oft bestimmt der Mann. In einer guten Demokratie sollten aber alle Menschen beteiligt sein, deshalb ermutigt der Omid e.V. besonders Frauen politisch aktiv zu werden. Das sind alles Themen, die wir in dem Film einbringen wollen.

Die Redaktion: Sicher bedeutet das einiges an Arbeit. Verfolgen sie mit dem Film ein bestimmtes Ziel?

Clara Kärstner: Unser Ziel ist es, verständlich zu machen mit was für Problemen geflüchtete Menschen hierzulande konfrontiert sind. Deshalb auch der Fokus auf Omid e.V. Wer den Film anschaut, soll die Möglichkeit bekommen, sie und ihre Arbeit ein Stück weit begleiten zu können. Das allein ändert natürlich nichts. Hoffentlich sagt sich aber der ein oder andere nach dem Film: „Hey, das geht so nicht klar. Ich will nicht, dass Menschen so ausgegrenzt werden. Deshalb muss ich selbst politisch aktiv werden.“

Lyon, 19. September 2019

Aufgabe 5: Berechne die fehlenden Streckenlängen und Winkel der abgebildeten Dreiecke.

Genervt klappe ich mein Mathebuch zu. Auf Dreiecke und Winkelberechnungen habe ich jetzt wirklich keine Lust. Eigentlich wollte ich meine Hausaufgaben noch fertigbekommen, bevor ich mich mit Maureen und den anderen treffe, aber dann erledige ich das eben am Wochenende. Auf dem Weg zu Maureen stoppe ich noch kurz im Drogeriemarkt, um Plakate zu kaufen. Morgen wird mal wieder eine *Fridays For Future* Demo stattfinden, die größte bis jetzt. Fehlen dürfen dabei auf keinen Fall von uns bemalte Plakate, die unsere Forderungen an die Politik unterstreichen.

Als ich bei Maureen ankomme, sind schon einige aus der Ortsgruppe Lyon von *Fridays For Future* da. Mindestens einmal die Woche treffen wir uns, um Demos und andere Aktionen zu organisieren. Was uns vereint, ist der Wille, uns für unsere Zukunft einzusetzen. Schließlich sind wir diejenigen, die mit den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels leben werden müssen. Um möglichst nachhaltig zu leben, haben viele von uns deshalb bereits ihr Konsumverhalten verändert. Größtenteils verzichten wir auf Fleisch und versuchen uns vegetarisch zu ernähren, kaufen Klamotten eher secondhand als bei H&M und nehmen, wenn es geht, den Zug anstelle des Flugzeugs. Natürlich verhält sich keine*r von uns perfekt, aber wir versuchen es und sind davon überzeugt, dass auch schon kleine Veränderungen Großes bewegen können. Trotzdem reicht es nicht, wenn nur wir etwas ändern, auch die Politik muss umdenken. Deshalb folgen wir dem Beispiel Greta Thunbergs und gehen seit Anfang des Jahres freitags nicht mehr in die Schule, sondern auf die Straße, um zu demonstrieren. Für die Umwelt und für unsere Zukunft.

„Habt ihr euch schon überlegt, was ihr auf eure Plakate schreiben wollt?“ frage ich in die Runde und beginne damit, meine Malutensilien auszupacken. „Ja, ich finde den Spruch „*Umweltpolitik statt Lobbypolitik*“ sehr passend“ antwortet Louis „Morgen stellt ja das Klimakabinett in Paris sein Paket zum Klimaschutz vor und am kommenden Montag findet der Klimagipfel der Vereinten Nationen in New York statt. Da müssen wir nochmal richtig Druck machen und zeigen, dass die Umwelt vor wirtschaftlichen Ambitionen stehen muss. Es kann doch nicht sein, dass wirtschaftliche Interessen, die von Lobbyist*innen vertreten werden, eher berücksichtigt werden als der Klimawandel und seine Auswirkungen auf alle von uns!“

„Gute Idee“, antworte ich, „Ich habe an den Spruch *‘Macht eure Hausaufgaben, dann machen wir unsere’* gedacht. Ich bin mit meinen Hausaufgaben nicht fertig geworden, bevor ich hergekommen bin und hatte deshalb erst ein schlechtes Gewissen. Schuld daran ist aber doch die

Politik und nicht ich. Wäre eine vernünftige Klimapolitik bereits Realität, müsste ich Freitag nicht auf die Demo gehen und hätte genug Zeit, meine Hausaufgaben zu machen.“ Die anderen stimmen mir zu. Ich freue mich schon darauf, wenn unsere Generation volljährig ist und die Regierung auf Bundesebene mitwählen darf. Das wird mit Sicherheit einen großen Unterschied machen. Den restlichen Abend verbringen wir damit, Plakate zu bemalen und uns über die französische Klimapolitik und unsere Zukunft zu unterhalten.

Das Signal, das wir an die Politik senden wollen, ist, dass sie ihrer Verantwortung den zukünftigen Generationen gegenüber nicht gerecht wird. Als wir am nächsten Morgen in ganz Frankreich zu Hunderttausenden auf der Straße stehen und im Chor „*Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut*“ rufen, habe ich das Gefühl, dass dieses Signal ankommen wird.

Budapest, 12. Mai 2019

Als ich meine Wohnungstür öffne, strahlt mir die Sonne ins Gesicht. Es ist ein milder Frühlingsmorgen. Der hartnäckige Budapester Winter scheint endgültig überwunden zu sein. Motiviert von den warmen Sonnenstrahlen mache ich mich auf den Weg in das Budapester Wahlkreisbüro der *Momentum-Bewegung*. Seit einem Jahr fahre ich jeden Morgen mit der Tram in die *Ròsza Utca*, um vor meiner ersten Vorlesung in der Universität im Büro vorbei zu schauen. Ich kann mich noch genau daran erinnern, wie ich die Entscheidung traf, in der Partei aktiv zu werden.

Nach dem Ende unserer Schulzeit beschlossen viele meiner Klassenkamerad*innen, das Land zu verlassen. Sie wollten im Ausland studieren oder sich dort Arbeit und einen Ausbildungsplatz suchen. Neben der Aussicht auf besser bezahlte Jobs hatten viele genug von der Aushöhlung des Rechtsstaats in unserem Heimatland Ungarn. Reformen des Wahlrechts und des Justizsystems schwächen die ungarische Gewaltenteilung und stärken das Machtmonopol der Regierung. Die Kontrolle großer Teile der Medienlandschaft und vieler kultureller Institutionen sowie das neu erlassene Hochschulgesetz sorgten und sorgen dafür, dass die Vielfalt in Ungarn schwindet. Während die öffentlich-rechtlichen Medien zensiert und gleichgeschaltet wurden, bedeutet die Regierung der Privatwirtschaft, in unabhängigen privaten Medien keine Werbung mehr zu schalten und kaufte sich hier zudem über Mittelsmänner ein. Ähnliches ist auch auf der kulturellen Ebene zu beobachten.

Auch mich beeinflussten die Probleme meines Landes bei der Entscheidung, wie ich meine Zukunft gestalten wollte. Im Gegensatz zu vielen meiner Freund*innen entschied ich mich jedoch dafür, in Ungarn zu bleiben und mich aktiv für Veränderungen einzusetzen. Ich begann ein Studium in Budapest und wurde Mitglied der liberalen, pro-europäischen *Momentum Bewegung*.

Angekommen in der *Ròsza utca*, betrete ich das Büro. Ein Mix aus Angespanntheit und Aufregung ist hier schon seit Wochen zu spüren. Die Europawahl am 29. Mai ist der Grund. Nachdem unsere Partei bei der ungarischen Parlamentswahl 2018 eine Niederlage einstecken musste, hoffen wir nun auf mehr Erfolg. Durch einen Einzug in das Europäische Parlament wollen wir ein Zeichen setzen. In Ungarn und in ganz Europa. Wir wollen eine Alternative zur ungarischen Regierung anbieten. Wir wollen zeigen, dass es Ungar*innen gibt, die mit der aktuellen Regierung und ihrem Handeln nicht einverstanden sind. Die Vielfalt Ungarns sichtbar zu machen und sie in der EU zu repräsentieren, ist was uns alle motiviert, auch wenn uns dabei viele Steine in den Weg gelegt werden.

Vor ein paar Wochen hat der Rechnungshof das Geld, das unserer Partei vom Staat zusteht, eingefroren und wir haben keinen Zugriff mehr darauf. Als ich mich nun an meinen Schreibtisch setze, um mir einen Überblick über meine Aufgaben für die kommende Woche zu machen, verkündet mir einer meiner Kollegen die nächste schlechte Nachricht. Alle Unternehmen, von denen wir Werbeflächen mieten wollten, um dort unsere Plakate aufzuhängen, sind abgesprungen. „Die Geschäftsführer der Unternehmen stehen in enger Verbindung mit der Regierung. Wahrscheinlich wurde Druck auf sie ausgeübt, damit sie nicht mit uns zusammenarbeiten“, berichtet mein Kollege verzweifelt. In meinem Kopf beginnt es zu rattern. „Dann müssen wir eben kreativ werden und uns eine andere Lösung ausdenken“ antworte ich, „Wir könnten doch Busse mieten, die wir mit unseren Plakaten bekleben und mit denen fahren wir dann durch das Land zu unseren Wahlkampfveranstaltungen“. „Super Idee, kümmerst du dich darum“? ruft er mir noch zu, bevor er in einem anderen Raum verschwindet, um an das klingelnde Telefon zu gehen. „Natürlich“ antworte ich, klappe meinen Laptop auf und mache mich an die Arbeit.

Nur noch zwei Wochen bis zur Wahl.

Seit Monaten geht das nun schon so, uns werden Steine in den Weg gelegt und wir lassen uns Lösungen einfallen. Aufgeben ist keine Option. Denn wir wollen dafür kämpfen, unser Land mitzugestalten, ändern was uns wichtig ist und allen Menschen eine Stimme geben.